

# Kommentar:

## Nepal: Ende der Demokratie-Euphorie?

von Ram Pradhan

Als im Winter 1990 Hunderttausende im Himalayakönigreich erfolgreich gegen die autoritäre, vom König geführte sogenannte Panchayat-Regierung revoltierten und Demokratie und Bürgerrechte einforderten, die sie 30 Jahre zuvor durch einen coup d'état verloren hatten, glaubten sie, daß mit einer vom Volk gewählten Regierung alle massiven Probleme des Staates automatisch verschwinden würden. Die Führer der Demokratiebewegung, einige von ihnen befinden sich derzeit in Amt und Würden, haben offenbar jedoch nicht realisiert, daß es kein Kinderspiel ist, ein multi-ethnisches, multi-religiöses und wirtschaftlich rückständiges Land wie Nepal zu regieren. Die vielen Versprechen, die 1990 und anschließend gemacht wurden und die hohen Erwartungen der Bürger sind heute alles andere als erfüllt. Die Regierung kämpft gegen wirtschaftliches Ungleichgewicht, eine dramatische Zunahme von Umweltproblemen und gegen zunehmende allgemeine Unruhe im Land. Und sie tut dies meist mit einer politischen Kurzsichtigkeit, die ihr bald das Genick brechen könnte. Die vom 'Nepali Congress' geführte Regierung unter dem 71-jährigen Premierminister Girija Prasad Koirala macht ihrerseits "externe Faktoren" für die meisten der aktuellen Probleme verantwortlich, aber der Großteil der Bürger ist mittlerweile nicht mehr bereit, solche Entschuldigungen zu akzeptieren. "Nepal befindet sich in einer Übergangsphase, es handelt sich dabei jedoch um einen Prozeß ohne klar auszumachendes Ziel", bemerkt Dr. Bhekh Thapa, ein in den USA ausgebildeter Wirtschaftswissenschaftler und ehemaliger Botschafter Nepals in Washington.

Wenn auch Thapas Pessimismus für einige offensichtlich etwas zu weit geht glauben doch viele daran, daß der regierende 'Nepali Congress' alles andere ist als eine Partei, die in der Lage wäre, das zunehmende Chaos zu beseitigen. Die Partei ist gespalten, trägt permanente innere Flügelkämpfe aus und während über 50 Prozent der Bevölkerung unter der Armutsgrenze leben, scheint sie nur noch ein Ziel zu haben: Die Verteidigung der Macht, komme, was wolle. 'Nepali Congress' Supremo Ganesh Man Singh (78), selbst ohne Regierungsämter, ist nicht glücklich über die Art und Weise, wie Premier Koirala das Land regiert. "Die Partei betreibt weder Nepotismus, Vetternwirtschaft oder Korruption aber was kann jemand unternehmen, wenn sich die gewählten Führer gegen demokratische Normen stellen?" fragt Man Singh. Auf der anderen Seite betont Premier Koirala, seine Regierung werde durch Parlamentsabgeordnete aus den eigenen Reihen extrem behindert. Der 'Nepali Con-

gress' verfügt über 113 Sitze im 205 Abgeordnete zählenden Parlament, das direkt gewählt wird. Vor zwei Monaten, als die führende Oppositionspartei, die 'Communist Party of Nepal - United Marxist Leninist' (CPN-UML) einen Mißtrauensantrag gegen die Regierung einbrachte, konnte Koirala politisch nur überleben, weil er zuvor alle 'Nepali Congress'-Abgeordnete unter großem Druck und der Androhung von Konsequenzen eingeschworen hatte, gegen den Antrag der Opposition zu stimmen. Spekulationen zufolge hätten ansonsten mindestens 36 Abgeordnete der Regierungspartei das Mißtrauensvotum gegen den eigenen Führer unterstützt und so gemeinsam mit den Kommunisten für die Ablösung Koiralas gesorgt. Dies ist nur ein Beispiel für die Stimmung in der Partei.

Die Regierung hat also noch einmal überlebt, aber der selbstzerstörerische Kampf hält an. Parteidissidenten fordern nun vom Vorsitzenden des 'Nepali Congress', Krishna Prasad Bhattarai, eine "akzeptable Lösung" für die Konflikte. Und die sollte auf dem Tisch liegen, bevor das Parlament im Juni über den Haushalt für das Jahr 1994/95 debattiert. Nach dem Westminster Modell, das auch in Nepal gilt, muß die Regierung ihren Hut nehmen, wenn bei der Abstimmung über das Budget die 'nein' (nay) Stimmen die 'ja' (aye) Stimmen übersteigen. Bhattarai hat also alle Hände voll zu tun, um die Streitigkeiten zu schlichten. Er selber scheint zu bevorzugen, wenn Koirala seine fünfjährige Amtszeit zu Ende bringt und die Dissidenten in der Partei vorerst zum Schweigen gebracht werden. Dieser Auffassung entgegen stehen Supremo Man Singh und andere Kritiker Koiralas. Sie sind der Meinung, die "patchwork"-Politik Bhattarais, angeblich durch das Ausland gefördert - genannt werden in diesem Zusammenhang Indien, die USA und die Bundesrepublik -, verspreche keine Aussicht auf Erfolg. Sie sehen in Koirala, sollte er im Amt bleiben, eine solch schwere Belastung, daß der 'Nepali Congress' bei den nächsten Parlamentswahlen, die für 1996 vorgesehen sind, mit einer erdrutschartigen Niederlage durch die Kommunisten rechnen muß. In einem Gespräch mit der Wochenzeitung 'The Independent' fuhr Man Singh schweres Geschütz auf: "Wenn sich Bhattarai mit seinem Vorschlag durchsetzen sollte und Koirala weiterhin an der Macht bleibt, so ist dies das Ende der Partei und der Demokratie in diesem Land". Koirala stimmt dieser Ansicht natürlich nicht zu. Er will weiterhin an der Macht bleiben und unter keinen Umständen unter Druck zurücktreten. "Ich werde meine Amtszeit zu Ende bringen", betonte er kürzlich.

**Wirtschaft**

Die Zentralbank Nepals versucht offensichtlich, bei der Machterhaltung Koiralas unterstützend einzuwirken. Sie malt in ihren Berichten ein optimistisches Bild von der Wirtschaft des Landes. Die Bürger werden aufgefordert, noch etwas Geduld zu haben, bis die wirtschaftlichen Entwicklungen sich auch in ihrer Geldbörse niederschlagen. "Die neuen liberalen und marktfreundlichen Strategien der Regierung zeigen erste Erfolge", verkündet Dr. Ram Saran Mahat von der nationalen Planungsbehörde. "Die Menschen werden sich zukünftig weniger Sorgen machen müssen", prognostiziert er. Aber wie lange die Menschen noch warten werden, bis sich die Geschicke auch zu ihrem Wohl entwickelt haben, bleibt abzuwarten. Die aufgezeigten Erfolge der Nationalbank wie der Anstieg ausländischer Investitionen, steigende Währungsreserven, die Kontrolle der Inflation, die Steigerung der Exporte oder das prognostizierte Wirtschaftswachstum von sechs Prozent scheinen auf den ersten Blick Erfolge der Regierung Koiralas zu sein. Unabhängige Wirtschaftsexperten sehen die Entwicklungen jedoch nicht so rosig. Sie verurteilen zwar nicht die vom Ausland und besonders durch ausländische Finanzhilfe angekurbelte Wirtschaft als per se schlecht, im Falle Nepals sei eine solche Politik jedoch anachronistisch, weil die Kapitalbasis fehle. "Unser Kapitalismus ist ein Kapitalismus ohne Kapital oder ein Kapitalismus des Proletariats", betont ein früherer Finanzminister sarkastisch. Er warnt denn auch davor, daß, wenn hier nicht gegengesteuert werde, demnächst alle einheimischen Produkte vom nepalischen Markt verschwinden. Nepal sei nicht in der Lage, mit der regionalen Wirtschaftskraft - sprich: Indien - zu konkurrieren. Man müsse sich für eine komplementäre und nicht für eine konkurrierende Option entscheiden. Binod Chaudhary, Präsident der 'Federation of Nepalese Chambers of Commerce and Industry' (FNCCI), betont, freie und offene Konkurrenz sei zwar gut, funktioniere aber nur unter einigermaßen gleichwertigen Partnern. In Nepals Situation in Zusammenhang mit der Kapitaldecke, vorhandener Technologie- und Managementfähigkeiten sei mehr und nicht weniger Regierungsintervention notwendig, bis das Land konkurrenzfähig ist. "Der Kurs der Regierung muß sich an der armen und nicht der reichen Bevölkerung ausrichten", betont Dr. Bhekh Thapa.

**Außenpolitik**

Auch außenpolitisch befindet sich die Regierung Koirala in keiner angenehmen Lage. Letzter Anlaß dafür war ein Vorfall Ende März, als indische Polizei, offensichtlich ohne Abstimmung mit den nepalischen Behörden ins Zentrum von Kathmandu eindrang, um gesuchte Kriminelle, die von Indien nach Nepal über die kontroverse offene Grenze eingedrungen waren, zu verhaften (siehe dazu auch 'Kurzinformationen'). Die weithin als pro-indisch angesehene Koirala-Regie-

rung mußte dafür harte Kritik einstecken, vor allem von Seiten der Linken im Land. Die ultra-linke 'United Peoples Front' (UPF), die über neun Sitze im Parlament verfügt, hatte Anfang Mai zu einem erfolgreichen 'Bandh' (Generalstreik) aufgerufen, um gegen den "indischen Expansionismus" zu protestieren und die Regierung Koirala zum Rücktritt aufzufordern. Sie habe es nicht geschafft, die territoriale Integrität Nepals gegenüber Indien zu verteidigen. Beobachter sehen im Erfolg dieser Aktion einen weiteren Beweis dafür, wie sehr die Bevölkerung von der Regierung enttäuscht ist. "Es war ein negatives Votum der Bevölkerung in Richtung Koirala um zu zeigen, daß man genug von schönen Worten über Demokratie und Freiheit hat", meint ein linksorientierter Politikwissenschaftler.

Auch der nördliche Nachbar China ist derzeit nicht allzu gut zu sprechen auf die Politik Koiralas. Grund dafür sind vor allem die "Free Tibet" Aktivitäten, die von nepalischem Territorium ausgehen und gegen China gerichtet sind. Und dies, obwohl Koirala den Chinesen anläßlich seines Besuchs 1992 versicherte, er werde dafür sorgen, daß von nepalischem Boden keine anti-chinesischen Aktivitäten ausgehen werden. Für weitere Irritationen im nepalisch-chinesischen Verhältnis sorgt die ausgesprochen pro-indische Haltung Koiralas.

Auch das Schicksal der bhutanesischen Flüchtlinge, die seit Jahren in Nepal leben, und die Frage, wie sie in "in Freiheit und Würde" in ihre Heimat zurückgeführt werden können, ist nach wie vor ungeklärt (siehe dazu auch die Berichterstattung in dieser Ausgabe). Drei Gesprächsrunden auf Ministerebene hat es bisher in dieser Frage gegeben, ohne das eine Lösung erzielt worden wäre. Unterdessen kommen immer neue Opfer der Repression in Bhutan nach Nepal, wo sie vor allem in den in Ostnepal befindlichen Flüchtlingslagern von Morang und Jhapa unterkommen. Bhutan und Nepal haben einen sogenannten Verifizierungsprozeß begonnen der klären soll, wer nun als Flüchtling eingestuft werden kann und wer nicht. Obwohl Indien den Schlüssel zur Lösung des Problems besitzt, hält sich der große Nachbar bisher noch zurück und verweist darauf, das Problem müsse zwischen Bhutan und Nepal bilateral gelöst werden. Das Regime in Bhutan wirft Nepal vor, es schütze "Terroristen und Kriminelle", ein cleveres Ablenkungsmanöver der Regierung in Thimphu, um das Problem von internationaler Aufmerksamkeit fernzuhalten und von den eigentlichen Problemen abzulenken: Ethnische Diskriminierung, Notwendigkeit der Demokratisierung und Einhaltung der Menschenrechte. Bhutan will offensichtlich das Problem in die Länge ziehen, während Nepal die Verhandlungen über das weitere Schicksal der Flüchtlinge so schnell wie möglich zu Ende bringen möchte.

(Übersetzung: Walter Keller)